

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Der Kitt der Gesellschaft

Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland



Der Kitt der Gesellschaft

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Der Kitt der Gesellschaft

Perspektiven auf den sozialen
Zusammenhalt in Deutschland

| **Verlag BertelsmannStiftung**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Dr. Kai Unzicker

Redaktion: Ulrich Pontes und Gesine Bonnet

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Umschlagabbildung: Shutterstock/William Perugini

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-739-9 (Print)

ISBN 978-3-86793-777-1 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-778-8 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält	11
<i>Kai Unzicker</i>	
Soziale Beziehungen	
Die Entwicklung sozialer Netzwerke und die Bedeutung von Gemeinschaft in Deutschland	37
<i>Marina Hennig</i>	
Soziales Vertrauen	
Wissenswertes zu einer zentralen zwischen- menschlichen und gesellschaftlichen Ressource	71
<i>Jan Delhey, Monika Verbalyte</i>	
Umgang mit Vielfalt	
Gesellschaftliche Trends und mögliche Gefahren der Radikalisierung	105
<i>Dierk Borstel, Claudia Luzar</i>	
Identifikation mit dem Gemeinwesen	
Welches Wir-Gefühl ist ein gutes Wir-Gefühl?	145
<i>Regina Arant, Klaus Boehnke</i>	

Vertrauen in Institutionen	
Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen	175
<i>Sonja Zmerli</i>	
Gerechtigkeitsempfinden	
Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit	207
<i>Patrick Sachweh, Evelyn Sthamer</i>	
Solidarität und Hilfsbereitschaft	
Annäherung an zwei zentrale zivilgesellschaftliche Kategorien anhand von bürgerschaftlichem Engagement und Spendenbereitschaft	253
<i>Serge Embacher</i>	
Anerkennung sozialer Regeln	
Die Entwicklung normenabweichender Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen in Deutschland	287
<i>Thomas Bliesener, Marie Christine Bergmann</i>	
Gesellschaftliche Teilhabe	
Politische Partizipation als komplexes Phänomen mit begrenzten Einflussmöglichkeiten	313
<i>Markus Steinbrecher</i>	
Die Autorinnen und Autoren	345
Abstract	349

Vorwort

Kaum etwas wird in politischen Sonntagsreden der vergangenen Jahre so oft und so kraftvoll beschworen wie der gesellschaftliche Zusammenhalt. Angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise, islamistischem Terror, nicht endenden Kriegen im Mittleren Osten, Flüchtlingsströmen, Ukraine Konflikt, Brexit und dem Niedergang der demokratischen Türkei scheinen sich die Symptome dafür zu mehren, dass die Welt, wie wir sie kannten, aus den Fugen geraten ist.

Nicht nur in Europa und den USA melden sich politische Akteure zu Wort, die mit autoritärem Gestus eine neue nationale Stärke beschwören und das Wahlvolk vor den Einflüssen der Globalisierung bewahren wollen. In Deutschland steht die AfD für diesen Trend und schafft es mit populistischen Versprechungen und unverhohlener Fremdenfeindlichkeit, aus dem Stand in mehrere Landtage einzuziehen.

»Heimatliebe« ist ein Schlagwort, mit dem die rechtspopulistische Partei und die Pegida-Bewegung ihre Anhänger mobilisieren. Dabei hantieren sie mit dem Wunschbild einer homogenen Gemeinschaft, die vermeintlich stabiler, friedlicher und heimeliger ist als die offene, pluralistische Gesellschaft, in der wir heute leben.

Ja, die Frage nach einem gelingenden Zusammenhalt steht auf der Agenda und es gibt eine spürbare Sehnsucht danach in diesen unruhigen Zeiten. Aber was genau ist damit gemeint und welche Kriterien legen wir an, damit dieses Konzept nicht der Abgrenzung zwischen »uns« und »denen« Vorschub leistet? Wie ist es um den Zusammenhalt in Deutschland heute tatsächlich bestellt und welche Perspektiven bietet die Zukunft?

Diese Fragen sind der Anlass für dieses Buch. Die Bertelsmann Stiftung hat mit dem »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« ein analytisches Instrument für einen präzisen empirischen Blick auf das solidarische Miteinander in Deutschland geschaffen. Das zugrunde liegende Modell fächert das Phänomen Zusammenhalt in neun Dimensionen auf, die sich drei grundlegenden Aspekten – sozialen Beziehungen, der Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung – zuordnen lassen.

Die empirischen Daten, die unsere Radar-Studien für den Zeitraum zwischen 1989 und 2012 zur Verfügung stellen, lassen keineswegs auf eine Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts schließen. Dennoch legen sie kritische Tendenzen offen: etwa den durchweg geringeren Zusammenhalt in den ostdeutschen Bundesländern und die Abnahme der Akzeptanz von Vielfalt in ganz Deutschland. Den Umgang mit Wertepluralität und Diversität hat die Bertelsmann Stiftung bewusst als eine Dimension in die Definition aufgenommen. Damit steht uns ein Indikator für die Qualität des sozialen Miteinanders zur Verfügung, der nicht zulasten demokratischer Errungenschaften wie der Anerkennung von Minderheiten geht.

In welche Richtung wird sich unser Gemeinwesen also entwickeln? Noch liegen uns für das Radar keine Daten über 2012 hinaus vor, doch eine aktuelle Erhebung ist geplant. Anspruch des vorliegenden Buches ist es, mit verfügbaren aktuellen Daten ein Zwischenfazit zu ziehen und dabei statt der modellhaften Synthese des komplexen Phänomens Zusammenhalt – die einen Reiz des Radars ausmacht – in die Tiefenschichten seiner neun Dimensionen vorzudringen. Sie bilden das Gliederungsprinzip für diesen Sammelband, für den wir neun ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewinnen konnten.

Sie loten für ihr jeweiliges Forschungsfeld aus, wie sich die einzelnen Dimensionen – etwa Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe – entwickeln und welche Trends sich daraus ableiten lassen. Damit sind zugleich spezifische Risiken und Chancen für den gesell-

schaftlichen Zusammenhalt im Blick, die – anders als die verbreiteten allgemeinen Klagen über ein nachlassendes Miteinander – konkrete Handlungsfelder für Politik und Gesellschaft aufzeigen.

Sicher ist: Gelingender Zusammenhalt ist keine Selbstverständlichkeit. Um miteinander, nicht nebeneinander zu leben, müssen wir Fremdheit überwinden, Vertrauen (wieder-)herstellen, über neue Formen der Beteiligung nachdenken und eine weitere Spaltung zwischen Arm und Reich verhindern. Sicher ist aber auch: Eine Rückkehr zu der alten Übersichtlichkeit gibt es nicht. Wer diese Illusion zum politischen Programm erhebt, forciert die Spaltung. Der vorliegende Band bietet gute Argumente dafür, warum es sich lohnt, für ein Modell der Offenheit und Vielfalt zu streiten.

Stefan Vopel

Director

Programm »Lebendige Werte«

Bertelsmann Stiftung

Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält

Kai Unzicker

Gemeinhin ist in öffentlichen Debatten dann von gesellschaftlichem Zusammenhalt die Rede, wenn sein Fehlen beklagt wird. In diesem Sinne handelt es sich um einen Krisenbegriff. Als Herausforderungen für einen stabilen Zusammenhalt gelten landläufig der Verlust traditioneller Werte sowie schrankenloser Individualismus, wachsende soziale Ungleichheit und zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt. Damit verbunden ist das unspezifische Gefühl, dass in der modernen Gesellschaft etwas grundlegend falsch läuft, die Fliehkräfte zu groß werden und das Gerüst des Miteinanders in sich zusammenbricht.

Angesichts spürbarer Umbrüche in den westlichen Gesellschaften mag es nicht weiter verwundern, dass die Zahl derer wächst, die vermuten, mit fortschreitender Modernisierung gehe der Sinn der Menschen für Solidarität, Engagement und Miteinander verloren. Manch einer wünscht sich deshalb vergangene Zeiten zurück, in denen das gemeinschaftliche Miteinander vermeintlich menschlicher, stabiler, herzlicher oder moralischer war.

Gleichzeitig offenbart der Blick auf aktuelle Herausforderungen wie die Ankunft von mehr als einer Million Flüchtlingen in Deutschland höchst unterschiedliche Reaktionen: Während sich auf der einen Seite ein Abwehrblock formierte, der »Untergang des Abendlandes« prognostiziert wurde, Flüchtlingsheime brannten und mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei in die Parlamente gelangte, entstand auf der anderen Seite eine beeindruckende Bewegung von Freiwilligen und Engagierten, die bewies,

wie solidarisch und weltoffen die deutsche Gesellschaft heute ist. Diese beiden Reaktionsweisen stehen für deutliche Risse zwischen den Milieus, die im konsensorientierten Deutschland lange übersehen wurden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016). Seitdem hat die Debatte nicht an Schärfe verloren. Dazu beigetragen haben die sich in Europa häufenden Terroranschläge, die diejenigen, die sich für eine menschenfreundliche Flüchtlingspolitik und eine vielfältige Gesellschaft einsetzen, in die Defensive drängen.

Was ist mit Zusammenhalt gemeint?

Obwohl seine Krise so häufig beschworen wird, fehlt es an einer klaren Definition des Konzepts »Zusammenhalt«. Das kritisiert der kanadische Soziologe Paul Bernard (1999) und vermutet zugleich, dass das Konzept gerade aufgrund seiner Unschärfe so erfolgreich ist. Einerseits knüpfe es an nachprüfbar Daten über die Gesellschaft an und legitimiere sich auf diese Weise; andererseits sei es so vage, dass es im öffentlichen Diskurs in beliebigen Zusammenhängen Verwendung finden kann. Tatsächlich ist die Versuchung groß, alle denkbaren und wünschenswerten Qualitäten einer Gesellschaft unter dem Label »Zusammenhalt« zu vereinen. Um diesen aber als politische Zielgröße zu nutzen, ist ein klar definiertes Konzept erforderlich. Messbar wird Zusammenhalt jedenfalls nur dann, wenn er von anderen Phänomenen wie Ungleichheit, Armut oder Lebenszufriedenheit abgegrenzt wird – was nicht heißt, dass diese Faktoren den Zusammenhalt nicht beeinflussen können.

Im politischen Raum gibt es durchaus Bemühungen zu definieren, was mit Zusammenhalt gemeint ist und was ihn fördert. Sie illustrieren zugleich, wie weit das Spektrum an Themen reicht, das sich darunter subsumieren lässt. So hat die deutsche Politik den gesellschaftlichen Zusammenhalt bereits in den vergangenen Jahren zu einer prominenten Zielgröße gemacht: In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2002) wird er als einer von vier Zielblöcken definiert. Als Basis für den Zusammenhalt werden dort

Gemeinsinn, Solidarität und Zivilcourage genannt, die, wenn vorhanden, eine »Kultur der wechselseitigen Anerkennung« erwachsen lassen (ebd.: 33). Die Herstellung von Zusammenhalt sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sowohl den Staat als auch Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Zivilgesellschaft angeht (ebd.: 121). Vier Bereiche der operativen Politik sind dabei im Blick: Beschäftigung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichberechtigung sowie Integration von Ausländern.

Elf Jahre später, im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von 2013, ist das vierte Kapitel, »Zusammenhalt der Gesellschaft«, das umfangreichste (Bundesregierung 2013: 68–100). Es umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Themen wie Familie, Sexualität, Alter, Behinderung, freiwilliges Engagement, Wohnen, Religion, Kultur sowie Integration, Zuwanderung und Minderheiten. Auf all diesen Feldern sollen politische Entscheidungen getroffen werden, die den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherstellen. Jüngst, im ersten Halbjahr 2016, hat die Regierung zudem ein Investitionspaket verabschiedet, das als »Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden« vorgestellt wurde (BMUB 2016).

Auch im Vertrag über die Europäische Union aus dem Jahr 2009 ist in Artikel 3 (3) zu lesen: »Sie [die Europäische Union] fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten« (Europäische Union 2009). Nicht zuletzt vertritt der Europarat eine Strategie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts (Europarat 2010), worunter dort die Fähigkeit einer Gesellschaft verstanden wird, das Wohlbefinden und Wohlergehen ihrer Mitglieder sicherzustellen.

Zusammenhalt als programmatischer Arbeitsschwerpunkt

In einer Reihe von Veröffentlichungen, die Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders behandeln, stellte die Bertelsmann Stiftung Ende der 1990er-Jahre den Zusammenhalt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Neben verschiedenen kleineren Publikationen (Weidenfeld und Rum-

berg 1994; Berger und Luckmann 1995; Dettling 1995) ragen vor allem zwei Sammelbände heraus. Mit Peter L. Berger wurde 1999 »Die Grenzen der Gemeinschaft« als Bericht an den Club of Rome veröffentlicht. Zwei Jahre später folgte, diesmal unter der Herausgeberschaft von Robert D. Putnam, der Band »Gesellschaft und Gemeinsinn«. Darin wurden die Veränderungen des Sozialkapitals in acht Ländern näher untersucht: Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Schweden, Spanien und den USA.

In der Einleitung zu »Die Grenzen der Gemeinschaft« (1999: 21 f.) formulierte Volker Then eine Leitfrage, die heute so aktuell wie damals ist: Wie ist mit den Konflikten umzugehen, die durch den zunehmenden Pluralismus und die Erosion einheitlicher Wertesysteme in sich rasch wandelnden Gesellschaften immer wahrscheinlicher werden? Eine klare Absage erteilt er der Vorstellung, dass die Restauration vergangener Werthomogenität eine Lösung sein könnte. Vielmehr müsse es darum gehen, ein Arrangement zu finden, das die Verschiedenartigkeit akzeptiert und dennoch den Zusammenhalt herstellt.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Homogenität und Konformität auf der einen sowie Heterogenität und Individualität auf der anderen Seite bestimmt auch heute noch die gesellschaftliche Realität. Weder das eine noch das andere Extrem kann dabei künftig den Zusammenhalt sichern. Welche geteilten Werte sind notwendig, um als gesellschaftliche Einheit zu existieren, ohne die Vielfalt zu sehr einzuschränken?

Lange Zeit galt Religion als ultimative Quelle des gesellschaftlichen Wertefundaments und als integrierende Institution. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts richtete die Bertelsmann Stiftung folgerichtig zunächst ihren Blick auf die Rolle der Religion für das Miteinander in der Gesellschaft. Im Jahr 2008 erschien der erste Religionsmonitor, eine quantitative Befragung zu Glauben und Religiosität in 21 Ländern (Bertelsmann Stiftung 2008). Seit der zweiten Ausgabe des Religionsmonitors 2012 steht das Thema »gesellschaftlicher Zusammenhalt« auch explizit auf dessen Agenda. Untersucht wurde in 13 Ländern (Brasilien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Kanada, Schweden, der Schweiz, Spanien, Südkorea, der Türkei

und den USA) die Frage, ob Religion oder Religiosität heute eher ein verbindendes oder ein trennendes Element in Gesellschaften sind (Bertelsmann Stiftung 2013a). Die Ergebnisse waren ambivalent: Besorgniserregend hoch fiel beispielsweise die ablehnende Haltung der Bevölkerung in den untersuchten Ländern (mit Ausnahme der Türkei) gegenüber dem Islam aus. Dieser wurde als bedrohlich und nicht dem Westen zugehörig angesehen.

Aber der Religionsmonitor zeigte auch, dass faktisch viele Brücken zwischen den Religionen existieren, weswegen keineswegs von einer religiösen Spaltung der Gesellschaften gesprochen werden kann. Richard Traunmüller hat das interreligiöse Beziehungsgeflecht mit Daten des Religionsmonitors untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass die Befürchtungen, eine wachsende religiöse Vielfalt könne sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken, unbegründet seien (Traunmüller 2014: 86). Dennoch können Trennlinien zwischen den Religionen und ihren Angehörigen zu Konflikten führen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig belasten. Das hat der Karikaturenstreit aus den Jahren 2005 und 2006 bereits vor Augen geführt und setzt sich heute in der Angst vor islamistischem Terrorismus fort, durch den sich die Muslime in ihrer Gesamtheit unter Generalverdacht gestellt sehen.

Das »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt«

Heute verfügt die Bertelsmann Stiftung zudem mit dem »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« über ein empirisches Instrument, das das soziale Miteinander in den Blick nimmt. Der Name Radar ist dabei bewusst gewählt: Es weitet den Blick über die Rolle der Religion hinaus auf die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Wandlungsprozesse. Im besten Fall sind wir so in der Lage, zukünftige Risiken frühzeitig zu erkennen. Entscheidend war für uns dabei, Zusammenhalt nicht als unscharfe Zielgröße zu verwenden, sondern in ein messbares und möglichst objektiv zu beurteilendes Konzept zu überführen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird im Radar definiert als die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders. Diese Qualität drückt sich in den folgenden drei grundlegenden Aspekten aus (vgl. auch Abbildung 1 auf Seite 19):

- in belastbaren sozialen Beziehungen, das heißt in jenem horizontalen Netz, das sich zwischen den einzelnen Mitgliedern und Gruppen einer Gesellschaft aufspannt;
- in der positiven emotionalen Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen als solchem und dessen Institutionen;
- in einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung, womit die Handlungen und Haltungen der Gesellschaftsmitglieder gemeint sind, in denen sich Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen ausdrückt.

Gemeinsam mit einem Forscherteam der Jacobs University Bremen haben wir uns seit 2012 in den verschiedenen Studien des Radars dem Phänomen des gesellschaftlichen Zusammenhalts genähert (Bertelsmann Stiftung 2012, 2013b, 2014; Bertelsmann Stiftung und Eurofound 2014). Ausführlich diskutieren zwei der beteiligten Forscher, Jolanda van der Noll und Daniel Schiefer, den theoretischen Hintergrund in einem Artikel, der in der Fachzeitschrift »Social Indicators Research« (Schiefer und van der Noll 2016) erschienen ist. Eine umfassende Darstellung findet sich außerdem in dem Buch »Social Cohesion in the Western World« (Dragolov et al. 2016). Aktuell wird das Modell des »Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt« auch in nicht westlichen Kontexten erprobt. In Kirgisistan (Larsen und Boehnke 2016) sowie für Gesellschaften in Süd-, Südost- und Ostasien (Bertelsmann Stiftung i. E.)

In unseren Studien haben wir den Zeitraum von 1989 bis 2012 sowohl im internationalen Vergleich als auch für die deutschen Bundesländer genauer untersucht. Erfreulicherweise belegen unsere Ergebnisse bis 2012, dass von einem drohenden Auseinanderfallen der Gesellschaft bislang nicht die Rede sein kann: Im weltweiten Vergleich liegt Deutschland etwa in der Mitte der 34 untersuchten vergleichbaren Staaten aus der EU und OECD; im Vergleich zu einigen

anderen bevölkerungsreichen europäischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder Spanien lagen die Werte hierzulande sogar höher (Bertelsmann Stiftung 2013b).

Innerhalb Deutschlands wiederum zeigt sich ein klar erkennbarer Unterschied zwischen Ost und West, der im Zeitverlauf sogar zugenommen hat. So war der Zusammenhalt in den fünf ostdeutschen Bundesländern bislang geringer als in Westdeutschland. Dennoch weist die gesamtdeutsche Entwicklung seit der Wiedervereinigung eine stabile bis positive Tendenz auf und lässt keineswegs eine Erosion des Zusammenhalts befürchten (Bertelsmann Stiftung 2014).

Die Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit geben überdies zu erkennen, dass gesellschaftlicher Fortschritt hin zu einer Wissensgesellschaft und wirtschaftlicher Wohlstand sich in den untersuchten Ländern positiv auf den Zusammenhalt auswirken. Es ist also keineswegs so, dass die Modernisierung per se den Zusammenhalt schwächt. Deutlich wurde aber auch, dass größere soziale Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft mit schwächerem Zusammenhalt einhergeht. Die Sorge, dass eine sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich ein Risiko für den Zusammenhalt darstellt, ist daher nicht unbegründet. Die Zahl der Ausländer, die in einem Land leben, hat nach den Ergebnissen des Radars hingegen keinen nennenswerten Einfluss. Wohlstand sichern und Ungleichheit bekämpfen – das sind daher offenbar vielversprechendere Strategien für ein gelingendes Miteinander als die Rückkehr zu einer vermeintlich stabileren kulturellen Homogenität.

Eher spricht vieles dafür, dass die fehlende und sogar sinkende Akzeptanz von Vielfalt ein wesentliches Hindernis für den Zusammenhalt in Gesellschaften darstellt, die de facto heterogen sind – wie etwa Deutschland. Die Tatsache, dass 61 Prozent der nicht muslimischen Bürger der Meinung sind, der Islam passe nicht nach Deutschland (Bertelsmann Stiftung 2015: 8), bleibt nicht ohne Auswirkungen auf ihr Verhältnis zu den rund vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens in diesem Land. Insofern tragen auch zivilgesellschaftliche und politische Bemühungen um ein nationales Selbstverständnis oder Leitbild, das Vielfalt einschließt, dazu bei, den Zu-

sammenhalt zu stärken (vgl. Kösemen 2016; Bertelsmann Stiftung 2016; Foroutan 2015).

Der Hintergrund dieses Buches

Mit dem »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« verfügen wir über detaillierte Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt von 1989 bis einschließlich 2012. Eine eigene aktuelle Datenerhebung ist für Ende 2016 geplant. Gleichwohl ist deutlich erkennbar, dass sich die deutsche Gesellschaft und mit ihr Europa in den vier Jahren seit 2012 verändert haben: Einwanderung und Flüchtlingsbewegungen, ein Erstarren des Rechtspopulismus und tiefgreifende Vertrauensverluste in Politik und Medien sind nur die offensichtlichsten Verschiebungen. So liegt die Frage auf der Hand: Wie steht es heute, im Jahr 2016, um den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält? Der Versuch einer Antwort darauf ist der erste und offensichtlichste Grund für dieses Buch.

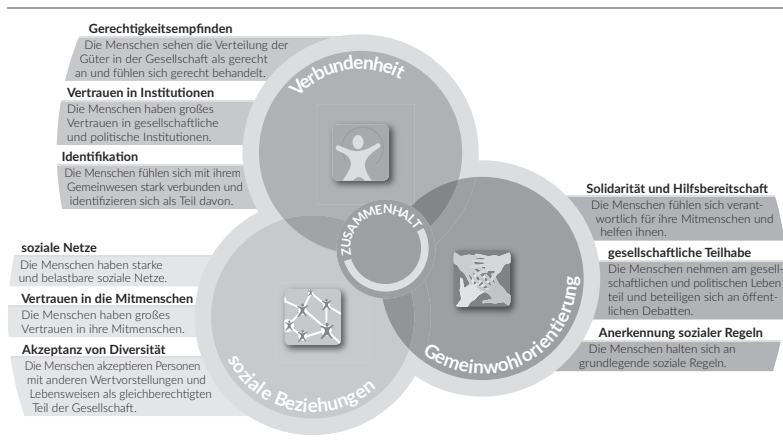
Ein zweiter Grund betrifft die Ebene der Analyse. Durch das »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« ist es gelungen, ein hochkomplexes Themenfeld wie das der sozialen Kohäsion in ein stringentes und überschaubares Modell zu überführen, das sich in drei Bereiche mit insgesamt neun Dimensionen gliedert. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass jede Dimension in sich selbst ein facettenreiches Themenfeld abdeckt, zu dem es umfangreiche Forschungsarbeiten und eine Vielzahl von Daten gibt. Während also die Zusammenfassung der Dimensionen im Radar Klarheit und Übersichtlichkeit schafft, blendet sie zugleich die vielschichtigen Aspekte der einzelnen Bestandteile aus. Tiefenbohrungen in die Einzeldimensionen versus Überblick und Eindeutigkeit – beides ist sinnvoll, aber zusammen nur schwerlich zu bekommen. Der Anspruch dieses Buches ist neben der Aktualisierung der Daten und Forschungsergebnisse die material- und theoriegesättigte Durchdringung der einzelnen Dimensionen. Es ergänzt somit die Indexbildung im Radar.

Zum Aufbau des Buches und seiner Beiträge

Wir haben 14 Expertinnen und Experten gebeten, zu einer der neun Dimensionen einen Überblicksartikel zu verfassen. Die Autoren umreißen den gegenwärtigen Forschungsstand, erläutern aktuelle Daten und Trends und schließen mit einer Einschätzung zu der Frage, inwieweit der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bezug auf die ausgewählte Dimension bedroht ist. Die Struktur des Buches ergibt sich aus unserem Modell des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gliedert sich daher in neun Kapitel, die in drei Bereiche gruppiert sind.

In diesem Modell ist jedem Bereich und jeder Dimension ein Leitsatz vorangestellt (vgl. auch Abbildung 1), mit dem jeweils die spezifische Qualität näher bestimmt wird. Diese Leitsätze greifen wir in der folgenden Übersicht zu den Beiträgen dieses Bandes auf. Den Autorinnen und Autoren gilt unser ausdrücklicher Dank. Ohne ihre sachkundige Unterstützung wäre dieses Buch nicht möglich gewesen.

Abbildung 1: Die drei Bereiche gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihren neun Dimensionen



Quelle: eigene Darstellung

Bereich: Soziale Beziehungen

Leitsatz: »Zusammenhalt entsteht durch ein Netz von horizontalen Beziehungen zwischen Personen und gesellschaftlichen Gruppen aller Art, das von Vertrauen geprägt ist und Diversität zulässt.«

Dimension: Soziale Netze

Leitsatz: »Die Menschen haben starke und belastbare soziale Netze.«

Marina Hennig widmet sich in ihrem Beitrag dem Zustand und der Entwicklung sozialer Beziehungen und untersucht dabei einen Grundwiderspruch des Lebens in der Moderne, das durch eine Loslösung aus traditionellen Bindungen geprägt ist: »Auf der einen Seite gibt es eine zunehmende Tendenz der Selbstverwirklichung und des Egoismus – auf der anderen Seite wünschen sich die Menschen Nähe und emotionale Verbundenheit. Die sozialen Beziehungen müssen diese Kluft überbrücken« (Hennig in diesem Band: 45). Die alten, traditionellen Gemeinschaftsformen werden von den Menschen zwar ersehnt, aber sie sind nicht mehr ohne Weiteres lebbar: »Auf Gemeinschaft zu verzichten heißt auf Sicherheit zu verzichten; der Anschluss an Gemeinschaft dagegen bedeutet Verzicht auf Freiheit« (ebd.: 44). Stattdessen gewinnen zeitlich befristete oder zweckgebundene Formen des Miteinanders, wie etwa Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsnetzwerke, an Bedeutung.

Anhand empirischer Untersuchungen analysiert Hennig, wie das Zusammenleben in einer individualisierten Gesellschaft aussieht und welche Rolle dabei der Wunsch nach Gemeinschaft spielt. Netzwerke versteht sie als »die Gesamtheit und das Spektrum der sozialen Beziehungen, die eine einzelne Person alltäglich umgeben« (ebd.: 49). Die Beziehungspflege hänge auch von sozioökonomischen Faktoren ab: So seien in höheren Bildungs- und Einkommenschichten die sozialen Netze räumlich eher weiter. Auch durch die Digitalisierung hätten sich die sozialen Beziehungen gewandelt: von räumlich beschränkten Tür-zu-Tür-Kontakten hin zu deutlich individualisierten Person-zu-Person-Beziehungen ohne örtliche Einschränkung.

Hennigs Fazit: Soziale Beziehungen und Gemeinschaften sind nicht verschwunden; allerdings erfordert der Erhalt individualisierter Netzwerke mehr Anstrengung und Aufwand. Der Zusammenhalt sei deswegen nicht schwächer, aber fragiler geworden. Als entscheidend für den Erhalt moderner Beziehungen sieht sie Wechselseitigkeit und Vertrauen an, die Beziehungen stabilisieren und Intimität erzeugen.

Dimension: Vertrauen in die Mitmenschen

Leitsatz: »Die Menschen haben großes Vertrauen in ihre Mitmenschen.«

Als »sozialen Klebstoff« bezeichnen *Jan Delhey* und *Monika Verbalyte* in ihrem Beitrag die Rolle des Vertrauens in der Gesellschaft. Es »stellt Zusammengehörigkeit und Solidarität her, sowohl zwischen Individuen als auch zwischen den vielen sozialen Gruppierungen, aus denen die moderne Gesellschaft besteht« (Delhey und Verbalyte in diesem Band: 71). In heterogenen modernen Gesellschaften sei Vertrauen umso wichtiger – ohne dessen »Vorschuss« könnten Kooperation und kollektives Handeln nicht gelingen. Gefragt ist hierbei das generalisierte Vertrauen in Fremde und Unbekannte, das man von dem partikulären Vertrauen in Menschen, die man bereits kennt und mit denen man in Kontakt steht, unterscheiden kann. Die Autoren zeigen, dass jenes generalisierte Vertrauen in Deutschland über viele Jahre stabile Werte aufwies und seit Mitte der 1990er-Jahre leicht, aber kontinuierlich zugenommen hat. Im internationalen Vergleich ist das deutsche Vertrauensniveau allerdings durchschnittlich: In Skandinavien, den Beneluxstaaten sowie in den meisten englischsprachigen Ländern ist das Vertrauen größer – in Süd-, Ost- und Südosteuropa geringer.

Delhey und Verbalyte legen dar, welche Faktoren sich positiv auf das Vertrauen auswirken: eine geringe Korruption, eine hohe Qualität der gesellschaftlichen und politischen Institutionen, hoher Wohlstand sowie geringe Unterschiede zwischen Arm und Reich. Unklar

sind die Befunde hinsichtlich kultureller Vielfalt: In Europa lässt sich ein negativer Effekt von Vielfalt auf das Vertrauen nicht nachweisen, für die USA aber schon. Auf der individuellen Ebene spielen Bildungsstand und Einkommen für das Vertrauensniveau eine wichtige Rolle. Auffällig ist der Ost-West-Unterschied hierzulande: So ist in den westlichen Bundesländern das Fremdgruppenvertrauen insgesamt höher. Maßnahmen zur Erhöhung des generalisierten Vertrauens müssen nach Ansicht der Autoren sowohl die sozioökonomischen als auch die politisch-institutionellen Einflussfaktoren in den Blick nehmen. Wichtig sei es auch, soziale Isolation sowie räumliche Segregation etwa von Einwanderern und Flüchtlingen zu verhindern.

Dimension: Akzeptanz von Diversität

Leitsatz: »Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft.«

Dierk Borstel und *Claudia Luzar* diagnostizieren, dass die »liberale Gesellschaft [...] vor großen Herausforderungen [steht]« (Borstel und Luzar in diesem Band: 137). Sie sind überzeugt, dass in unserem Umgang mit Vielfalt – die durch Einwanderung und Flucht, aber auch durch die Ausdifferenzierung der Lebensformen und Familienbilder wächst – eine der entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen für die Zukunft liegt. Während der gesellschaftliche Trend zu mehr Vielfalt eindeutig sei, habe sich als Gegenreaktion eine immer sichtbarere Front von Gegnern der Vielfalt etabliert: vom Rechtsterrorismus des NSU über eindeutig rechtsextreme Parteien wie die NPD bis hin zur Neuen Rechten und dem Rechtspopulismus, wie er unter anderem in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) zutage tritt. Die Entwicklungen in den letzten Jahren seien geprägt von gezielten Tabubrüchen, einer zunehmenden Radikalisierung der Debatte in den sozialen Medien sowie dem Sprung in die »Offline-Welt« durch die Demonstrationen der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida).

Auch wenn es für die Verteidiger einer offenen Gesellschaft gute Gründe gebe, solche Positionen zurückzuweisen, wäre es nach Ansicht von Borstel und Luzar fatal, die Kommunikation mit dem Teil der Bevölkerung abzulehnen, der der Vielfalt gegenüber skeptisch ist. Das würde lediglich zu einer stärkeren Radikalisierung führen. Während der rechtsextreme Kern bereits für die Demokratie verloren scheint, lohne es, diejenigen, die von der Demokratie enttäuscht sind und sich machtlos und ungehört fühlen, stärker einzubinden. »Mit Blick auf die Gegner der Vielfalt ist dabei von entscheidender Bedeutung, die vor allem auf lokaler Ebene, in den Städten und Gemeinden, real existierenden Konflikte ehrlich zu analysieren und öffentlich zu erörtern« (ebd.: 138).

Bereich: Verbundenheit

Leitsatz: »Verbundenheit erzeugt Zusammenhalt durch eine positive Identifikation der Menschen mit dem Gemeinwesen, großes Vertrauen in dessen Institutionen und das Empfinden, dass die gesellschaftlichen Umstände gerecht sind.«

Dimension: Identifikation

Leitsatz: »Die Menschen fühlen sich mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und identifizieren sich als Teil davon.«

Regina Arant und *Klaus Boehnke* setzen sich in ihrem Beitrag damit auseinander, ob (und wenn ja wie) ein hoher Grad an Identifikation mit dem Gemeinwesen den Zusammenhalt stärkt. Dabei gehen sie auch der Frage nach, ob die Identifikation mit dem Nationalstaat in heterogenen und globalisierten Gesellschaften nicht eher kontraproduktiv ist: »Insbesondere die Identifikation mit der eigenen Nation scheint immer auch die Gefahr einer ethnisch und in ihrer Extremform dann völkisch-rassistisch begründeten Exklusion anderer in

sich zu bergen« (Arant und Boehnke in diesem Band: 161). Arant und Boehnke legen jedoch dar, dass eine exkludierende Identifikation mit dem Gemeinwesen nicht der einzig denkbare Weg ist.

Wenn eine wachsende Vielfalt, etwa durch Einwanderung oder Flucht, die eigene Identität herausfordert, kann daraus auch die Frage nach einem inklusiven »Wir« erwachsen, dem sich alle zugehörig fühlen – es bietet sich also die Chance, das Gemeinwesen lebendig (neu) zu gestalten. Auf diese Weise könnten die hohen Zuwanderungszahlen in Deutschland in den vergangenen Jahren zu einer bewussten Neuausrichtung von Identifikationsprozessen führen. Während diese »Identifikation mit konkreten Mitmenschen« geeignet ist, den Zusammenhalt in heterogenen Gesellschaften zu stärken, scheint die »Identifikation mit einer abstrakten Idee [...] dem Zusammenhalt abträglich, weil das, was sich jede und jeder Einzelne unter dem betreffenden Gemeinwesen und dessen Mitgliedern vorstellt, sehr unterschiedlich sein kann und häufig exklusiver Natur ist« (ebd.: 168). So legt eine ethnozentrische Haltung den Ursprung von Zugehörigkeit und Identität in die Vergangenheit und betont Herkunft oder Abstammung. Hingegen richtet die Identifikation mit realen Gruppen den Blick nach vorn: »Sie baut darauf, dass die einzelnen Mitglieder sich an denselben Normen und Werten orientieren und sich auf ein friedliches Miteinander verständigen, das dem Zusammenhalt im Gemeinwesen dienlich ist« (ebd.).

Dimension: Vertrauen in Institutionen

Leitsatz: »Die Menschen haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.«

Als »Lebenselixier von Demokratien« beschreibt *Sonja Zmerli* das politische Vertrauen, dessen Bedeutung sich gerade in politischen und wirtschaftlichen Krisenzeiten zeige. Es spielt im vertikalen Verhältnis der Menschen zum Gemeinwesen eine ähnlich zentrale Rolle wie das generalisierte Vertrauen für die horizontalen Beziehungen zwi-

schen den einzelnen Mitgliedern und Gruppen einer Gesellschaft. Die Autorin verdeutlicht, dass es zwischen diesen beiden Vertrauensarten zahlreiche Wechselwirkungen gibt. Vertrauen die Menschen ihren politischen und gesellschaftlichen Institutionen, ist auch das Vertrauen in die Mitmenschen hoch und vice versa. International vergleichende Studien weisen auf die Bedeutung politischer Stabilität und Rechtsstaatlichkeit, niedriger Korruption und hoher Qualität der Demokratie für die Ausprägung politischen Vertrauens hin. Einkommensungleichheit untergräbt das politische Vertrauen, während ein entwickelter Wohlfahrtsstaat wie in Skandinavien die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in politische Institutionen stärkt.

In Deutschland ist das politische Vertrauen vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren gesunken und seitdem auf einem stabilen, teilweise sogar ansteigenden Niveau. Auffällig ist jedoch der noch immer deutliche Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, der »auf einen noch unvollendeten Prozess des gesamtdeutschen gesellschaftlichen Zusammenwachsens« verweist (Zmerli in diesem Band: 200). Vor allem unter ostdeutschen Menschen mit niedriger Bildung ist in den letzten Jahren das Vertrauen, etwa in den Bundestag, deutlich gesunken, weswegen Zmerli hier von einem »ausgeprägten politischen Misstrauen« spricht (ebd.: 197). Offen ist für sie, ob mit einem neuen Wirtschaftsaufschwung in den süd- und osteuropäischen Ländern das dort verloren gegangene Vertrauen in die Politik zurückkehrt oder ob etwa durch eine effektive Korruptionsbekämpfung das »Primat der Politik« wiederhergestellt werden müsste. Auf Deutschland blickt die Autorin grundsätzlich optimistisch, auch wenn sie die politische Apathie und sogar Ablehnung politischer konstitutiver Institutionen und Akteure unter geringer Gebildeten kritisch sieht.

Dimension: Gerechtigkeitsempfinden

Leitsatz: »Die Menschen sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht an und fühlen sich gerecht behandelt.«

Patrick Sachweh und *Evelyn Sthamer* legen dar, dass in Deutschland in den letzten Jahrzehnten die objektiv feststellbare soziale Ungleichheit in mehrfacher Hinsicht zugenommen hat: Wachsende Einkommensunterschiede, zunehmende Einkommensarmut, Konzentration der privaten Vermögen sowie rückläufige Zugangschancen zu Bildung und attraktiven Berufen tragen dazu bei. Von hier aus gehen sie der Frage nach, wie diese Entwicklungen hierzulande wahrgenommen werden, inwieweit sie sich also im Gerechtigkeitsempfinden der Menschen spiegeln. Tatsächlich habe sich im Zeitverlauf die empfundene Ungerechtigkeit in der Gesellschaft parallel zum wachsenden Armutsrisiko und der zunehmenden Einkommensungleichheit erhöht. Wobei auffällig sei, dass dies nur die gesamtgesellschaftliche Entwicklung betrifft.

Die Bewertung der persönlichen Lage ist kaum an die Veränderung der objektiven Verteilungswerte gekoppelt. Betrachtet man nur Personen mit hohem sozialem Status, fällt auf, dass diese sowohl die soziale Ungleichheit im Land unterschätzen als auch die Einkommen der anderen überschätzen. Im Osten Deutschlands sei das Ungerechtigkeitsempfinden ausgeprägter, so die Autoren: »Hierzu könnten die höhere Arbeitslosigkeit, die größere Armut sowie die Tatsache beitragen, dass in Ostdeutschland die soziale Mobilität tendenziell geringer ist: Es führen weniger Wege aus der Armut heraus« (Sachweh und Sthamer in diesem Band: 223). Die Wirtschaftskrise habe möglicherweise dazu beigetragen, dass selbst in privilegierten sozialen Gruppen die Zustimmung zu Grundsätzen der Bedarfsgerechtigkeit gestiegen ist. Vermittelt über das Gerechtigkeitsempfinden kann erfahrene Ungleichheit gesundheitliche Probleme verursachen und zu Gewalt, geringerem Vertrauen oder reduzierter politischer Teilhabe führen. Sachweh und Sthamer sehen die Gefahr »einer zunehmenden Segmentierung sozialer Lebenswelten, die keinen gemeinsamen Erfahrungsraum mehr stiftet und es zunehmend erschwert, mit den eigenen Interessen, Ansprüchen und Bedürfnissen bei den anderen Gruppen auf Resonanz zu stoßen« (ebd.: 245).

Bereich: Gemeinwohlorientierung

Leitsatz: »Gemeinwohlorientierung erzeugt Zusammenhalt durch Handlungen und Haltungen, die Schwache unterstützen, sich an sozialen Regeln orientieren und die gemeinschaftliche Organisation des Gemeinwesens ermöglichen.«

Dimension: Solidarität und Hilfsbereitschaft

Leitsatz: »Die Menschen fühlen sich verantwortlich für ihre Mitmenschen und helfen ihnen.«

Serge Embacher unterscheidet zwischen spontaner Hilfsbereitschaft und Solidarität, die grundsätzlicher ausgerichtet sei. Sie »erfordert ein Bewusstsein höherer Stufe und eine darin ausgeprägte Idee von Gerechtigkeit oder Lebensqualität« (Embacher in diesem Band: 254). Um den gesellschaftlichen Stand dieser Solidarität zu untersuchen, widmet sich der Autor dem bürgerschaftlichen Engagement und der Spendenbereitschaft. Während der Trend zum Engagement in den letzten Jahren stabil geblieben sei, habe sich das Engagement selbst grundlegend gewandelt. So wachse der Anspruch persönlicher Selbstverwirklichung; zudem hätten sich die Formen des Engagements pluralisiert und individualisiert: Langjährige exklusive Bindungen an einzelne Organisationen weichen situativen, flexiblen Einsätzen. Vor allem aber, so Embacher, hätten sich die Ansprüche der Engagierten im Hinblick auf Partizipation und Selbstbestimmung verändert: Sie wollen mitreden und Gesellschaft gestalten und fordern damit auch staatliche Institutionen heraus, denen ein Umgang mit den Engagierten auf Augenhöhe weitgehend fremd ist.

Der Spendenbereitschaft bescheinigt Embacher eine grundsätzlich positive Entwicklung und widmet sich dann den Entwicklungsperspektiven von Solidarität und Hilfsbereitschaft in einer Gesellschaft, in der durch den ökonomischen Wettbewerb Teilhabemöglichkeiten schrumpfen und die Ausgrenzung gesellschaftlicher

Gruppen, aber auch die familiären Desintegrationserfahrungen zu nehmen. All das fördere nicht das individuelle Engagement, während umgekehrt gelte: »Menschen, die zufrieden mit ihrer materiellen Situation sind, die sich sowohl als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger als auch in persönlichen Netzwerken (Familie, Freunde, Engagement) emotional aufgehoben fühlen, werden in einem größeren Maß bereit sein, anderen zu helfen und damit zu gesellschaftlichem Zusammenhalt beizutragen« (ebd.: 277). Der Autor plädiert für zweierlei: Erstens einen aktivierenden Staat, der zum Partner und Moderator einer aktiven Bürgergesellschaft wird; zweitens setzt er sich für symmetrische und wechselseitige Anerkennungsverhältnisse zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein.

Dimension: Anerkennung sozialer Regeln

Leitsatz: »Die Menschen halten sich an grundlegende soziale Regeln.«

Angesichts der Klagen über eine allgemeine Verrohung der Sitten fragen *Thomas Bliesener* und *Marie Christine Bergmann*, ob es tatsächlich stimme, dass die Anerkennung sozialer Regeln abgenommen hat. Hierzu nutzen sie sowohl Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aus dem Hellfeld als auch Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) aus dem Dunkelfeld. Auf den ersten Blick und über alle Deliktarten hinweg zeigt die PKS seit Beginn dieses Jahrtausends einen Rückgang der Kriminalität im Hellfeld, also jener Straftaten, die der Polizei zur Kenntnis gelangt sind. Ein ähnlicher Verlauf findet sich in den einschlägigen Dunkelfeldstudien. Anhand einer Befragung von Neuntklässlern in Hannover über mehrere Jahre zeichnen Bliesener und Bergmann die Entwicklung im Dunkelfeld für einzelne Delikte nach: So hat sich etwa der Anteil derjenigen, die in den vergangenen zwölf Monaten einen Ladendiebstahl begangen haben, von 35 Prozent im Jahr 1998 auf 5,4 Prozent 2013 reduziert. Auch bei Körperverletzung und Sachbeschädigung sowie Drogen- und Alkoholkonsum ist ein Rückgang feststell-

bar. Objektive Daten, etwa der Unfallversicherung über Schulen, bestätigen diesen Befund.

Generell gelte, dass die Jugendlichen in ihrer Mehrheit den Einsatz von Gewalt ablehnen und dass die Akzeptanz von Gewalt im Zeitverlauf gesunken ist, wobei der niedrigste Wert bereits im Jahr 2011 gemessen wurde. Die Autoren schließen: »Mit Blick auf die gezeigten positiven Entwicklungen bei jungen Menschen in Deutschland besteht, was die Akzeptanz sozialer Normen und Regeln anbelangt, für die Zukunft kein Anlass zu besonderer Besorgnis« (Bliesener und Bergmann in diesem Band: 306).

Dimension: Gesellschaftliche Teilhabe

Leitsatz: »Die Menschen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben teil und beteiligen sich an öffentlichen Debatten.«

Markus Steinbrecher verdeutlicht in seinem Beitrag, dass Demokratien nicht überlebensfähig sind, »wenn die Bürgerinnen und Bürger öffentliche Angelegenheiten nicht mitgestalten wollen und sich nicht für Politik und das Gemeinwohl interessieren« (Steinbrecher in diesem Band: 313). Er untersucht sowohl die Wahlbeteiligung als auch alternative Formen politischer Partizipation, wie etwa Bürgerinitiativen oder Unterschriftensammlungen. Auch wenn seit Anfang der 1980er-Jahre ein stetiger Rückgang der Wahlbeteiligung zu beobachten sei – beispielsweise lag sie bei den Bundestagswahlen in den 1970er-Jahren bei über 90 Prozent, 2013 bei 71 Prozent –, seien Wahlen immer noch die politische Partizipationsform der mit Abstand größten Reichweite. Alternative Beteiligungsformen blieben in ihren Mobilisierungserfolgen kurzfristig und seien zudem an die Zielsetzungen einzelner Gruppen gebunden.

Der Autor geht der Frage nach, welche Faktoren für das politische Engagement in einem Land entscheidend sind. So sei die individuelle Ressourcenausstattung ein wichtiger Einfluss: Wer keine Zeit, kein Geld und nicht die notwendige Bildung hat, tut sich schwerer, am